



Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Oberstraße 91
41460 Neuss

Sarah Ryglewski, MdB

Staatsministerin beim Bundeskanzler

HAUSANSCHRIFT

Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

POSTANSCHRIFT

11012 Berlin

TEL +49 30 18 400-2800

FAX +49 30 18 400-1860

sarah.ryglewski@bk.bund.de

Berlin, den 13. März 2023

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,

vielen Dank für Ihr Schreiben an Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz.

Die großen Leistungen, die die Kommunen in den letzten Jahren bei der Wahrnehmung der vielen von Krisen getriebenen neuen Aufgaben erbracht haben, sind von herausragender Bedeutung für unsere Gesellschaft. Der Bundesregierung ist auch sehr bewusst, dass dies die Kommunen, aktuell auch vor dem Hintergrund der Unterbringung der aus der Ukraine, aber auch aus anderen Regionen Geflüchteten, vor besondere Herausforderungen stellt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat in Europa die größte Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst.

Die Bundesregierung unterstützt die Länder und Kommunen bei der gesamtstaatlichen Aufgabe der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen allein in diesem Jahr mit 2,75 Milliarden Euro – zusätzlich zur Unterstützung mit Bundesimmobilien bei der Unterbringung und den Sozialleistungen im Milliardenbereich für hilfebedürftige Geflüchtete aus der Ukraine, die der Bund ganz überwiegend übernimmt.

Der Bund prüft regelmäßig, welche weiteren Schritte möglich sind, um Länder und Kommunen in der aktuellen Situation zusätzlich zu unterstützen. Die für Migration und Kommunales zuständige Bundesministerin des Innern und für Heimat hat deshalb, wie Sie wissen, am 16. Februar 2023 Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen zu einem Spitzengespräch über die Flüchtlingssituation in Deutschland geladen. Die wichtigsten Ergebnisse dieses Treffens sind:

Seite 2 von 2

Die Bundesregierung mobilisiert zusätzlichen Wohnraum und weitere Unterkünfte für Geflüchtete und sorgt in der Migrationspolitik für mehr Steuerung, Ordnung und mehr Rückführungen.

Durch einen besseren Zugang zu Integrationskursen sorgen wir für Integration von Anfang an. Ein digitales Migrations-Dashboard schafft darüber hinaus Transparenz für Länder und Kommunen über die aktuelle Migrationslage.

Des Weiteren wurden gemeinsame Arbeitsstrukturen von Bund, Ländern und Kommunen geschaffen, um die wichtigsten Themen weiter gemeinsam zu bearbeiten. Zu diesen wichtigen Themen gehören Unterbringung und Finanzierung, Entlastung der Ausländerbehörden und Verschlankung der Prozesse, Begrenzung irregulärer Migration, Rückführungen, Integration, Sprachkurse, Maßnahmen für Kitas, Schulen und den Arbeitsmarkt.

Mit freundlichen Grüßen



Sarah Ryglewski